

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 3

68. Jahrgang

Berlin, den 3. Dezember 1930

Nummer 97

Zur besonderen Beachtung!

Vor jedem Konditionswechsel ist es unbedingte Pflicht eines jeden Verbandsmitgliedes, bei dem Gauvorsteher, zu dessen Gau die für den Stellungswechsel in Frage kommende Firma gehört, nach § 17 unserer Verbandsstatuten schriftlich Erkundigung einzuziehen. Besonders in der jetzigen Zeit, da einzelne Unternehmer auch in unserm Gewerbe durch Lohnabbauversuche bemüht sind, reaktionären Unternehmerparolen Gefolgschaft zu leisten, muß es als Beweis gewerkschaftlicher Solidarität beurteilt werden, solchen Bestrebungen in keiner Weise irgendwie Vorschub zu leisten. In diesem Sinne hat die n u r den Gauvorstehern des Verbandes vorbehaltenen Auskunfterteilung den Zweck, alle Kollegen vor Schäden zu bewahren, ohne die Freizügigkeit innerhalb des Verbandsgebiets zu unterbinden.

Der Vorstand einer jeden Mitgliedschaft des Verbandes ist verpflichtet, die Beachtung dieser Vorschrift bei jedem Stellungswechsel durch Einforderung der erhaltenen Auskunft nachzuprüfen. Das vollständige Druckortverzeichnis ist auf den Seiten 47 bis 64 der Verbandsstatuten zu finden und das Adressenverzeichnis der Gauvorsteher war zuletzt der Nr. 80 des „Korr.“ vom 4. Oktober d. J. beigelegt.

Brennende Zeitfragen

Unabhängig von der politischen Bekämpfung der kapitalistischen Krise, die zur Zeit besonders Deutschland erschüttert, sind es vorwiegend vier Fragen, die angesichts der außergewöhnlich hohen Erwerbslosenziffer in unserm Gewerbe dringende baldiger Lösung bedürfen. Zunächst gilt es, alle Kräfte der Kollegenschaft in den Betrieben gegen den Generalangriff der Unternehmer auf die Löhne zu mobilisieren. Erfolgreicherweise haben der „Korrespondent“, die „Solidarität“ wie auch die „Wohlfahrt-Zeitung“ es nicht an erfrischend deutlichen Antworten auf die bisherigen Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer in unserm Gewerbe und ähnliche Provokationen der Kollegenschaft fehlen lassen. Alle drei Organe der graphischen Arbeiter-schaft betrachteten es als geradezu empörend, in dieser Zeit der immer stärkeren Belastung der Werttätigen durch Steuern und die mancherlei anderen Abgaben usw. — womit jeder sogenannte Preisabbau bereits aufgehoben ist, noch bevor er in Erscheinung tritt — einen weiteren Raubzug auf die Taschen der Gehilfen durchzuführen. Etwa vorhandene Bedenken wegen der Tragweite des beabsichtigten Lohnabbaues — ganz zu schweigen von der gesamtwirtschaftlichen Auswirkung einer verringerten Konsumkraft — scheinen im Unternehmerlager zugunsten des Gedankens der brutalen Ausnutzung der Situation unterdrückt zu sein. Dieser offenen Kampfanlage gegenüber nur und immer wieder mit zahllosen Argumenten von dem Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftspolitik aufzuwarten, heize den Anschein der Schwäche unserer Position erwecken. Seit langem hat unsere Organisation mit aller erforderlichen Klarheit deshalb auch ihren **Abwehrwillen** bezeugt — den Lohnabbauversuchen in jedweder Gestalt ist Widerstand entgegenzusetzen und die dadurch benachteiligten Kollegen **gegen den Schutz des Verbandes!** Die Praxis des Lohnabbaues in den Betrieben erfordert jedoch ganz konkrete Maßnahmen. Die Prinzipale wenden, um ihr Ziel zu erreichen und nachdem sie hier und da wohl erkannt haben, daß die Arbeitsgerichte sich ihren Lohnraubplänen nicht immer gefügig zeigen, die verschiedenartigsten Methoden an: So werden Kollegen „wegen Arbeitsmangels“ zunächst entlassen, am kurze Zeit später wieder angefordert zu werden, diesmal jedoch zum nackten Tariflohn. Kollegen, die dieses Unsinns ablehnen, werden sodann durch andre aus dem großen Heer der Arbeitslosen ersetzt, die, in Unkenntnis der Sachlage, natürlich die Kondition „zu tariflichen Bedingungen“ annehmen. Resultat: der Lohnabbau im Betrieb ist — wenn auch vorerst nur bei einem Teil der Belegschaft — durchgeführt. Mit dem Rest der Kollegen wird meistens nicht mehr viel Federlesens gemacht. Ein Keil treibt ja den andern; hier ist es der unabweidliche Hinweis auf die bereits für Minimum arbeitenden Gehilfen, der das letzte Hindernis zur „Verbilligung der Produktionskosten“ hinwegräumt.

Notwendig ist darum eine breitangelegte Aufklärungs- und Aufrüttelungskampagne in „Korrespondent“ und Versammlungen, um vor allem auch die erwerbslosen Kollegen auf ihre Pflicht zur unbedingten Solidarität hinzuweisen. Es wird jetzt allerhöchste Zeit, daß wir aus dem Stadium der Entrüstung heraustreten und unsre Reihen zur aktiven und entschlossenen Abwehr formieren. Die Kollegenschaft ist bereit, dem Verbandsvorstand auf diesem Wege in allgewohnter Disziplin Gefolgschaft zu leisten — erst recht heute, in der ersten Erkenntnis, daß wir nicht nur „den Anfängen zu wehren“ haben beim Lohnabbau schließlich, sondern auch den Tausenden von erwerbslosen Kollegen eine positive Hilfe schuldig sind, eine Unterstützung, die über den Rahmen der reinen Grobchenunterstützung hinausgeht. Vermag doch diese allein dem unaufhörlichen Anwachsen der Erwerbslosigkeit nicht Einhalt zu gebieten, abgesehen davon, daß verringerte Löhne heute automatisch verringerte Erwerbslosenunterstützung nach sich ziehen. Daraus ergibt sich klar die Forderung nach der unerbittlichen Notwendigkeit der **Erhaltung der Kampfkraft** der Kollegen durch die mit allen Mitteln zu betreibende Abwendung des Lohnabbaues.

Daß der andern-herkommenden Zeitfrage, der **Arbeitszeitverkürzung**, eine vielleicht noch größere Bedeutung zukommt, wird niemand bezweifeln, wenn er weiß, in welchem Umfang Betriebsräte, um weiteren Entlassungen vorzubeugen, bereits zu allen möglichen „provisorischen Auswegen“ aus der Sackgasse der gesteigerten Rationalisierung ihre Zuflucht genommen haben. Ganze Betriebsabteilungen oder einzelne Kollegen sehen oft tag- bzw. wochenlang aus, während welcher Zeit sie aus zu diesem Zweck eigens gerindeten Betriebsklassen eine **Zufuhrunterstützung** beziehen. (Die Höhe der Einzahlung in diese Klassen ist erklärlicherweise keine geringe.) Gewiß sind dies Palliativmittel, die im Augenblick der Einführung einer verkürzten Arbeitszeit wieder verschwinden werden. Hier aber taucht ohne weiteres die hart umstrittene Frage des Lohnausgleiches auf. Nicht erst bei Ablauf des Rahmen-tarifs, dem normalerweise zwar die Regelung der Arbeitszeit unterliegt, im März 1932, sondern bereits in den kommenden Dezember-Verhandlungen zur Lohnstarifrevision muß deshalb dieses Problem erörtert werden. Es gibt heute keinen ernsthaften Menschen mehr, der dieser **Mangelarbeitslosigkeit** gegenüber ein besseres Rezept zur Hand reißt — nicht nur auf der marxistischen Seite. Eine solche Arbeitszeitverkürzung darf jedoch keinen Lohnrückgang zur Folge haben, denn damit mag wohl dem Kapitalismus gebient sein, der damit einen „Beurteilungsfaktor“ zeitweilig ausschaltet, nicht aber der Arbeiterschaft und erst recht nicht den neu in die Betriebe Eingetretenen; denn gerade sie bedürfen nach den langen, an Entbehrungen aller Art reichen Monaten der Arbeitslosigkeit einer wesentlichen Kaufkraftsteigerung.

Drittens muß unser Augenmerk der **Bekämpfung des Überstundenwesens** gelten. In Hamburg-Altona ist kürzlich beschlossen worden, 25 Proz. des Überstundenverdienstes an die Erwerbslosen abzugeben. Hier wurde der Versuch unternommen, die Beseitigung oder zumindest starke Herabminderung eines Übels mit einem Nutzen für die Erwerbslosen zu verbinden. Ob der Versuch vollauf gelingt, kann natürlich noch nicht abgesehen werden. Was fast wunden sich Kollegen gegen die Durchführung dieses Generalversammlungsbeschlusses mit der Behauptung, zu Überstundenleistungen tariflich gezwungen zu sein, und diese dürften nicht noch extra besteuert werden. Es ist ganz klar, daß der Sinn des Beschlusses auch gar nicht darin besteht, sondern daß vielmehr denjenigen gehörig auf den Pelz gerückt werden soll, die zur Leistung von Überstunden, sogar dann, wenn andre Kollegen sie aus Zeitmangel abgelehnt haben, immer bereit sind, obwohl am gleichen Tage angesagte Überstunden lohnlosweise auch sagen wir einmal objektiven Widerständen begegnen können. Leider gibt es noch zahlreich Kollegen, die sich nach Überarbeit förmlich drängen — sicherlich sind sie durch diese strenge pädagogische Behandlung am schnellsten zu kurieren. Daß daneben auch viele derjenigen Kollegen mitbetroffen werden, die nur gezwungenermaßen Überstunden leisten, soll nicht bezweifelt werden. Nur sollten diese bedenken: Wenn noch irgend jemand in der Kollegenschaft befähigt ist, unsre Erwerbslosen vor der bittersten Not zu bewahren, so sind es doch die, deren **Wohngeld** sich infolge Überstundenverdienste oft beträchtlich erhöht. Der erwerbslosen Kollegen-schaft würde die konsequente Durchführung des Hamburg-

Altonaer Beschlusses auch in andern Gauen bestimmt in keiner Hinsicht zum Nachteil gereichen.

Schließlich wäre auch einer Reform der Arbeitsvermittlung das Wort zu reden. Die weitverbreitete Geflohenheit der Wiedereingliederung immer derselben Arbeitskräfte seitens der Prinzipale wirkt sich nachgerade zu einer solch trassen Benachteiligung Tausender anderer, seit Monaten auf Vermittlung wartender Kollegen aus, daß diese bald jede Aussicht schwinden sehen, bei den spärlichen Anforderungen überhaupt je wieder in einen Betrieb zu gelangen. Es sollte auch hier, genau so wie es in den Betrieben hinsichtlich der Entlassungen gehandhabt wird, der Reihe nach verfahren werden, soweit es sich nicht um Spezialkräfte handelt. Um bestimmte, gut eingearbeitete Gehilfen ihren Betrieben zu erhalten, würden die Prinzipale unter diesen Umständen wahrscheinlich nicht so übereilig „alle irgendwie Entbehrlichen abstoßen“, wie es heute doch vielfach die Regel ist.

Aber auch das ungeschriebene Gesetz, wonach der zuletzt in den Betrieb Eingestellte zuerst wieder zu entlassen ist, müßte meines Erachtens auf seine gegenwärtige Gültigkeit überprüft werden. Denn dies birgt die Tendenz der Trennung und Spaltung in zwei Gruppen innerhalb der Kollegenschaft in sich, nämlich in die Gruppe der sogenannten Dauerkünstler auf der einen und die Gruppe der Dauererwerbslosen auf der andern Seite. Wenn wir in unserm Gewerbe stolz darauf sein können, keinerlei Gefahren von seiten der Inorganisierten her befürchten zu brauchen, so sollten wir doch Vorzorg treffen, daß nicht Gefahren für die Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Verbandes in unsern Reihen durch eine gewisse Fahrlässigkeit heraufbeschworen werden. rt.

Pflicht zur Verantwortung

Der Arbeiterschaft, die gerade jetzt um ihre Existenz die erbittertesten Kämpfe führt, und ihren berechtigten Forderungen stellt sich alles in den Weg. Alle Kreise des Bürgertums sehen mit Unbehagen, daß den freien Gewerkschaften und den Unternehmungen der Arbeiterschaft in weiten Kreisen der Arbeiter steigendes Interesse entgegengebracht wird. Die Selbstverorgung der Arbeiter von der Arbeiterbank bis zur Konsumgenossenschaft hat denen die Augen geöffnet, die nur an den Bestand der rein kapitalistischen Profitwirtschaft mit den sogenannten verblüffenden Konkurrenzkampfen glaubten. Wir können behaupten, daß wir gegenwärtig in einer Epoche leben, die mit der Weltkrise nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die gesamte Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung ist. Diese Behauptung muß bei allen Mitgliedern der freien Gewerkschaften zur Erkenntnis werden, und diese Erkenntnis der Kollegenschaft wird auch den von unsern Funktionären stets bewiesenen Mut zur Verantwortung am besten stützen. Es braucht zwar nicht beständig zu werden, daß die Allesbewußtesten mit ihrer hinterhältigen Politik der persönlichen Verunglimpfung den regen und fleißigen Funktionären die Luft und Liebe zu der schweren Arbeit nehmen, die für den Erfolg der Kleinarbeit und die Erreichung der Ziele der Arbeiterschaft nötig sind; denn die Folge davon wäre, daß man Funktionäre erzieht, denen der Mut zur Verantwortung **entfremdet** und der allfährlich wie ein Maßstabeinteil ausgewaschen wird. Es ist die höchste Zeit, daß den Menschen, die mit vergiftenden Argumenten den Funktionären ihre Tätigkeit erschweren, einmal auf die Finger gesehen und ihre eigne praktische Gewerkschaftsarbeit unter die Lupe genommen wird. Das sei allen empfohlen, ohne Unterschied der Partei und Richtung. Den Funktionären muß die Kraft zur Verantwortung von unten auf gegeben und gesichert sein, da auf ihnen das Wohl und Wehe aller Kollegen in den Betrieben wie in den Organisationen beruht. Die Geschichte unsres Verbandes und die Taten unsrer Funktionäre bis zu den höchsten Spitzen hinauf haben die Berechtigung dieser Ansicht bewiesen. Es soll damit unsern Unterhändlern höchstes Vertrauen bekundet werden, daß sie den Unternehmern, die von der Rentabilität ihrer Betriebe nichts wissen wollen und die Erhaltung der Wirtschaft und des Staates beispielsweise n u r bei einem Lohnabbau möglich halten, in gebührender Weise entgegengetreten.

Es ist für das deutsche Volk nicht gerade ermutigend, so oft Gefagtes immer wieder zu hören, ohne die Lehren daraus gezogen zu haben. In der deutschen Republik

Tönnen nicht mehr die „Führer der Wirtschaft“ die Träger der Staatsmoral sein, sondern das schaffende Volk. Daß es mit der Staatsmoral einzelner Wirtschaftsführer nicht besonders weit her ist, haben die Entwicklung im vergangenen Jahrzehnt und die letzten Ereignisse besonders gezeigt. Es ist nicht nötig, besondere Beweise zu führen, wenn die Namen von Siemens, Borfig, Koeltgens usw. und der jetzt aktuell gewordene Bädermeister Dremwig genannt werden. Die Arbeiterkraft hat mit ihren Führern immer Verständnis für die Notwendigkeiten des Staates und der Wirtschaft gezeigt. Daß dieses Verständnis auch heute noch vorhanden ist, werden die kommenden Verhandlungen über einen neuen Lohnsatz in unserm Gewerbe beweisen. Den Unternehmern sei schon jetzt gesagt, daß die Forderungen unserer Beauftragten von der gesamten Kollegenchaft des Reiches gebekt werden, und daß die geschlossene Front der Buchdrucker hinter ihren Führern steht. Auch die Opposition (nicht die RGD.) wird es als heiligste Pflicht ansehen, die Führer zu stützen; dessen können wir wohl sicher sein. Das Verantwortungsbewußtsein wird die Grundlage der Objektivität sein und damit einen befriedigenden Ausgang der Verhandlungen in Aussicht stellen. Den Mitgliedern und Berichtswirten, die keine objektive Kritik üben können und jeden Funktionär mit Giftspießen verfolgen, sei aber versichert, daß ihnen das Handwerk gelegt wird. Nicht nur an die Funktionäre, sondern an alle Kollegen ergeht der Ruf: Der Weg zum Erfolg führt nur über den Mut zur Verantwortung!
 Georg Kruse (Berlin).

RGD und Gewerkschaften

Rußland steht zweifellos inmitten schwerer wirtschaftlicher Erschütterungen, denn der Verfall seiner Individualwirtschaft ist augenfällig, die erlebte Produktionssteigerung durch Kollektivwirtschaft bleibt trotz aller Schönfärberei noch immer Zukunftshoffnung. Die Ernährungsschwierigkeiten wachsen trotz „Getreidefabriken“ und „stürmischer Kollektivierung der Landwirtschaft“. Der Wert des Fischerwoneh-Rubels ist ins Russische gekommen. Zur Ablenkung von den wirklichen Ursachen werden fortgesetzt sogenannte Schädlinge erschossen oder Monsterprozeduren gegen sie aufgeführt. Selbst den Vorhänden des Rates für Arbeit und Verteidigung, Krowa, hat man in die Verbannung geschickt, das kommunistische Zentralkomitee flüchtet vor den „begeisterteren Massen“ hinter die starken Mauern des Kreml, und die Häuser um den Roten Platz werden mit Truppen der OGPU besetzt. Zugewandten werden Kommisjare, die für „Getreidebereitstellungen“ verantwortlich sind, von den Bauern ermordet, Zugpersonal wegen Entgleisung eines Wagens erschossen. Die „Massen“ in Rußland und die Pravdas in Deutschland schreiben beglückwünscht: „Ergebnisse des Kampfes gegen die wirtschaftliche und politische Krise“, „Wirtschaftliche Krise“, „Wirtschaftliche Krise“, „Wirtschaftliche Krise“.

Die Arbeiterklasse in Rußland scheint dagegen absolut uninteressiert daran, daß zur selben Zeit zwei sehr wichtige sozialpolitische Gesetze gegen die Arbeiter erlassen wurden. Das eine betrifft die sofortige Einstellung jeder Auszahlung von Unterstüßungen, d. h. die gänzliche Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung, zu einer Zeit, in der noch 600 000 Arbeitslose auf den 281 Arbeitsämtern amtlich als Arbeitslose registriert worden sind. Die Kontrollzahlen der Volkswirtschaft der Sowjetunion für 1929/30 geben bei insgesamt 10 971 000 beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger (jogar 1 606 200 Arbeitslose an). (Dabei werden überhaupt nur gewerkschaftlich organisierte registriert.) Das zweite Gesetz bringt die völlige Aufhebung der Freizügigkeit für alle Arbeiter und außerdem Strafmaßnahmen gegen solche Personen, die sich weigern, eine vom Arbeitsamt nachgewiesene Arbeit anzunehmen, oder wenn sie diese Arbeit verlassen. Auf diese Weise kann jeder Arbeiter auch gegen seinen Willen zu einer andern Arbeit in irgendeinem Bezirk kommandiert werden; wer seine Arbeit verläßt oder infolge Bruches der Arbeitsdisziplin gekündigt wird, gilt als Delinquent und wird als solcher bestraft. Durch diese Gewaltmaßnahmen will man die Massenflucht der Industriearbeiter zurück auf das Land verhindern. Diese Flucht ist aber nur die Folge der Lebensnot in den Städten, die schlimmer als in der Kriegszeit ist. In Moskau und Leningrad kostet 1 Pfund Butter 7 Rubel, 1 Kilogramm Zucker 5 Rubel. Selbst aus Deutschland senden die in der Verbannung lebenden Russen ihren Freunden und Verwandten Mehl und Lebensmittelpakete, um sie vor dem Hunger zu schützen.

Zur Ablenkung der russischen Arbeiterklasse von diesem, auf den härtesten Terror und die Militarisierung der Arbeit gestützten System und von der eigenen wirtschaftlichen Not, versuchen die russischen Gewalthaber wieder einmal Mäandern im Ausland in Szene zu setzen. Diesmal sollen die deutschen Arbeiter zu diesem Zweck mißbraucht werden. In der zurückliegenden Zeit haben die Arbeiter in Italien für die Befolgung der Moskauer Parolen den Faschismus eintauschen müssen, in Ungarn ist der bolschewistische Mätherrschafft der weiße Terror gefolgt, in Frankreich wurde die auf 2 Millionen Mitglieder angewachsene Gewerkschaftsbewegung gespalten, in der Tschechoslowakei sind nach jahrelangem wilden Bruderkampf die Gewerkschaften dezimiert, wenn auch der weitaus größte Teil sich in den letzten Monaten wieder zu den freien Gewerkschaften zurückgefunden hat, in Finnland hatte die bolschewistische Propaganda die Lappo-Verfassung zur Folge.

Also ist diesmal Deutschland an der Reihe, wo sich die RGD seit Jahren als ausgezeichnete Nährmutter der „Gesellen“ und der „schicksaligen Kampfbünde“ bewährt. Der „Abgrund“ zwischen den beiden politischen Extremen hat sich geschlossen, seitdem Heinz Neumann im Aufrage Sta-

lins sich mit Dr. Goebbels von den Nazis in Berlin verbündete. Seitdem ertönt auch nicht mehr der Schlachtruf: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft.“ Auch dieser Wechsel in der Regie hat seine tieferen Gründe. Die Bayerische Vereinsbank AG. in München, die unter starkem Einfluß der Nazis stehen soll, hat einer neuen kommunistischen Gesellschaftsgründung, und zwar der „Bürohaus-Vulkan-G. m. b. H.“ zu Berlin, einen Kredit von 325 000 Goldmark eingeräumt, wofür die Kommunisten Jakob Schöler, Friedrich Hedert usw. das Regierungsgebäude der RPD in Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, Ecke Weddingstraße 9, und die in der Bartelsstraße 1-5 gelegenen Grundstücke verpfändeten. Als Dank dafür haben nun Nazis und Nazis eine Interessengemeinschaft zur Zerreißung der Gewerkschaften und zur Belämpfung der Sozialdemokratischen Partei gebildet. Dieses Geheimabkommen ist allerdings noch nicht genügend bekannt geworden, und so gibt es zweifellos noch kleinere Zusammenhänge, bei denen die mißbräuchlichen Präzedenzfälle gegenseitig erschließen oder die Köpfe blutig schlagen.

Das verbrecherische Spiel, die Spaltung der Gewerkschaften, ist unter Führung eines ehemaligen Leutnants Dahlem so weit vorbereitet, daß ab 1. Januar 1931 mit der Durchführung begonnen werden kann. Die deutschen Gewerkschaften, als die zahlreichsten größten Klassenorganisationen in der internationalen Arbeiterwelt, werden von den Moskauer Stabpaten gefahrt wie die Pest, denn die Gewerkschaften haben bisher die Durchsetzung der bolschewistischen Methoden in Deutschland verhindert. Bei den Kommunisten gilt nicht der Ruf: „Arbeiter aller Länder vereinigt euch“, sondern eine neue Parole hat die Rote Gewerkschaftsinternationale durch Losowsky herausgegeben, der bereits vor längerer Zeit gegenüber dem ehemaligen Kommunisten Galm in Offenbach erklärte: „Tawohl, unsere Annäherungen bedeuten Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch die Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen.“ Weil die kommunistische Internationale und die RGD sich in einer Sackgasse befinden, ist das genügend Anlaß, die Gewerkschaften in Deutschland zu spalten.

Der erste Akt dieses Dramas ist nun am 15. und 16. November im Plenarsitzung des Preußischen Landtages über die Bretter gegangen. Ausgerechnet unter dem höchsten Belagerungsaufwand gegen die RPD, ist im preußischen Regierungsgebäude in Anwesenheit eines nichtgenannten Moskauer Abgeordneten der Roten Gewerkschaftsinternationale und nach Referaten ihrer deutschen Marionetten, namens Dahlem, Ernich und Auer, der Kriegsplan zur Zerreißung der deutschen Gewerkschaften festzusetzen, maßgeblich beschlossen worden. (So etwas sollte man in Rußland versuchen! Wieviel Köpfe würden da etwa rollen?) Auf dieser Tagung wurde endlich auch die Lösung des 5. RGD-Kongresses erfüllt, die da lautet: „Heraus aus dem freien Gewerkschaften!“ Der Kongress hat nicht nur den Schicksalspruch für die Moskauer Betrüger in der Berliner Metallbetriebe-

Unter der Führung der sagenhaften RGD hat die RPD das Banner der Gewerkschaftspalter entrollt. Als organisatorisches Fundament wurde der Betrieb bestimmt, so daß sich die RGD hierbei in grundsätzlicher Übereinstimmung mit den Gelben, Nazis und der Stahlhelmhilfschilde (GWSH) befindet. Die Rasterung von Mitgliedsbeiträgen und die Verbreitung der Presse soll in die Betriebe verlegt werden. An Wochenbeitrag erhebt die RGD 5 Pf. bis zu 30 Pf., und spielt damit selbst gegenüber den wirtschaftsfeindlichen Gelben den billigen Jakob, denn die Gelben verlangen seit langer Zeit einen Stundenlohn als Wochenbeitrag. An diesem „revolutionären“ Beitrag von 5 bis 30 Pf. die Woche beteiligen sich jahungsgemäß das Reichskomitee mit 40 Prozent, die Bezirkskomitees ebenfalls mit 40 Prozent, das Ortskomitee erhält 10 Prozent, und für die Betriebs- und Erwerbslosengruppen verbleiben ganze 10 Prozent des Beitrages.

Entscheidend man die Satzungsbestimmungen von allem Phrasengebimmel, dann bleibt als Gegenleistung für die Mitglieder nichts weiter übrig als die monatlich zweimal zu lesende sechs Seiten starke Erwerbslosen- oder Industriegruppen-Zeitung, und außerdem für die Führer dieser RGD, die Lieferung der Zeitschrift „Betrieb und Gewerkschaft“, gleichfalls zweimal im Monat. Zur Durchführung dieser gewaltigen Druckaufträge wird ein besonderer Verlag „Betrieb und Gewerkschaft G. m. b. H.“ gegründet, also es entsteht eine neue Gründung des Münzbergerschen Zeitungszorgerns. In Zukunft werden auch die Erwerbslosenzeitungen nicht mehr gratis geliefert.

Als Ersatz für nichtgewährte Unterstüßungen bei Maßreglung, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität usw. werden in 14 Punkten der beschlossenen Richtlinien für alle Fälle ausreichende revolutionäre Phrasen und eine genaue „revolutionäre Statistik“ über die Zusammenfassung der RGD, zugesichert. Der wesentliche Inhalt der Satzung befaßt sich mit Verlagsgesellschaften. Für den Fall von Streiks sind Unterstüßungen allerdings nicht in Aussicht genommen, sondern für solche unvorhergesehenen Fälle hält man die ZWS-Ringbeutel, Feldbüchsen sowie Wäschkörbe zum Sammeln von Lebensmitteln usw. in Reserve. Im übrigen rednet die RGD mit „revolutionären“ Solidaritätsausdrücken, über deren Ergebnisse aus dem letzten Metallarbeiterstreik in Berlin die „Rote Fahne“ unter dem 22. November dieses Jahres öffentlich insgesamt über 37 000 Mark quittierte, so daß also bald jeder der mehr als 70 000 nicht organisierten Streikteilnehmer Aussicht hätte, zu Weihnachten 1930 etwa je 50 Pf. Streikunterstützung für insgesamt 16 Streiktage zu erhalten.

Das Ganze mietet an als ein neuartigem Schwindel des Münzbergerschen Zeitungszorgerns, dem es zunächst nur darum geht, ähnlich wie bei der gescheiterten ZWS-

Aktion im Jahre 1924, nunmehr neue urteilslose Massen als Abonnenten für ihre bankrotten Druckereibetriebe zu gewinnen. Der in der Besetzung verschwundene ehemals gelbe Gewerkschaftsstrategie Merker hat auf dem 5. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale bereits ähnliche „revolutionäre Druckaufträge“ in Aussicht gestellt, denn nach dem Bericht auf Seite 29 veränderte Merker folgendes: „Ich schlage dann weiter konkret vor, eine bessere Organisation der revolutionären Kräfte in Deutschland durchzuführen, und zwar wird sich die revolutionäre Opposition verpflichten (!), in tausend Großbetrieben in Deutschland im nächsten halben Jahre revolutionäre Betriebsräte wählen zu lassen, in tausend Großbetrieben den Apparat der revolutionären Vertrauensleute auszubauen und die Auflage der revolutionären Gewerkschaftspresse auf den Stand von 300 000 bis 400 000 zu bringen.“ Die „Gewag“, Papiererzeugungs- und verwerstungs-AG, die zentrale Verwaltung der RPD-Druckereien, braucht neuen Auftrieb. Sie hat für 650 000 Mark Darlehen bei den Vereinskassen in Nürnberg und München in Gemeinschaft mit Schöler, Hedert, Gabel, Ganste, und Störmer von der „Gewag“, die Ausbietungsgarantie übernommen für den Fall, daß die genannten Häuser zur Zwangsversteigerung gelangen. Die „Gewag“ hat auch ihren gesamten Zeitungsvertrieb in Berlin ab 1. Oktober 1930 einer privaten Betriebsgesellschaft Fritz Cassierer & Co. übertragen und auf diese Weise eine Reduzierung der Austrägerlöhne um nachweislich 30 bis 40 Prozent durchgeführt und außerdem 45 Prozent des Personals abgebaut. Von 900 Personen des Austrägerpersonals sind bereits etwa 400 entlassen.

Die RGD ist die Filiale der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau; diese wiederum gilt als Unterabteilung der kommunistischen Parteiinternationale. Die Mitgliedschaft in der RGD ist nach Abschnitt III ihrer Satzungen nur zulässig, wenn zuvor alle Beziehungen zu den Verbänden des ZGB in Amsterdam gelöst worden sind. Wer also zur RGD neigt, stellt sich bewußt außerhalb der deutschen freien Gewerkschaften. Vor allem schon deshalb, weil die RGD, als die Gewerkschaften feindliche Organisation sich anmaßt, die Vorbereitung zur Neuwahl der Ortsverwaltungen vorzunehmen, von denen sie später erwartet, daß sie zu gegebener Zeit Kollektiv den noch zu schaffenden roten Industrieverbänden sich anschließen. Um zu diesem Ziele zu kommen, schreibt der Beschluß der RGD vom 16. November dieses Jahres vor, daß alle unfrischen RGD-Kantonisten aus Ortsverwaltungen und Betriebsräten zu entfernen sind.

Als weitere Hauptaufgabe betrachtet die RGD die Vorbereitung der Betriebsrätewahlen, für die sie „rote Einheitslisten“ gemeinsam mit unorganisierten, parteilosen, christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern, ohne Unterschied der politischen Einstellung und der religiösen Weltanschauung, „rot und gelb“, Nazis, Stahlhelm, Strenggläubige, Katholiken, Arbeiter usw. aufstellen will. Dieses Sammellurium bezeichnet die RGD als „revolutionäre Einheit der Arbeitermassen“. Jedes selbstbewußte Gewerkschaftsmitglied muß sich von diesem Moskauer Einheitsbrei fernhalten. Trotz aller kommunistischen Schreihälfe und ihrer aufdringlichen Kellame sind bei den Betriebsrätewahlen im Jahre 1930 nach den Befestellungen der deutschen freien Gewerkschaften 1,1 Prozent auf kommunistischen Listen gewählt worden.

Am 1. Januar 1931 soll diese neue revolutionäre Gründung in die Öffentlichkeit treten. Die deutsche Arbeiterklasse wird vor den bolschewistischen Volksbeglückern nun bewahrt bleiben, wenn sie aus den furchtbaren Niederlagen lernt, die die Arbeiter in Italien, Ungarn, Finnland, Polen, Frankreich, der Tschechoslowakei usw. haben in Kauf nehmen müssen, nur weil sie den revolutionären Maulaufreißern nicht genügend energischen Widerstand entgegengeleitet und die Einheit der Gewerkschafts- und Parteibewegung nicht ausreichend verteidigt haben.

Die Akteure der RGD berufen sich bei ihrer Spaltungstätigkeit ausdrücklich auf „die Lehren des Altmeisters der Arbeiterbewegung, Karl Marx“. Dieser hat sich aber schon im September 1899, als der Streit über die Gewerkschaftsfrage die Lafalleaner und Eisenacher (Richtung Bebel, Liebknecht) beschäftigte, gegenüber dem Metallarbeiterkassierer Hamann wie folgt geäußert: „Niemand bürgen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Zusammenhang gebracht werden, oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen sollen.“

Das Genossenschaftswesen

Preisabbau und Konsumgenossenschaften

Wieder einmal wird mit besonderem Eifer im Trugschluß des Preisabbaues die Frage aufgestellt: „Was machen die Konsumgenossenschaften?“ Eine an sich berechtigte und notwendige Frage, zu deren Beantwortung aber die andre Frage gehört: „Was haben sie bisher getan?“ Denn von der Beantwortung dieser Frage ist die der andern abhängig. Sie ist wahrhaftig leicht zu beantworten. Auf Grund streng geschäftsmäßiger Kalkulation der Warenabgabepreise unter Zugrundelegung der Einkaufspreise beim Fabrikanten, oder in der Landwirtschaft wurde allmählich eine Preisbildung herbeigeführt, die jeder Nachprüfung aufs Unzulässigste standhält. Mit der Einführung genauer Kalkulation in der Konsumgenossenschaftlichen Warenverteilung war und ist eine dauernde Preiskontrolle und Preisregulierung im gesamten Privathandel auf allen den Warenverteilungsgebieten verbunden, auf die sich die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften erstreckt. Vor allem auf dem Gebiet des Kolonialwarenhandels und dem der Brotver-

Daher kommt es, daß heute o h n e eine radikale Senkung der Preise an der Produktionsquelle auch die Konsumgenossenschaften nicht in der Lage sind, mit dem Preisabbau, „vorangehen“. Die automatische Preisregulierung im Einzelhandel funktioniert seit dem Erstarken der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung, und es kann darum nicht erwartet werden, daß nunmehr, wo die in Nöten befindliche Reichsregierung zum Zweck des Lohnabbaues das Ventil Preisabbau geogen hat, die letzten Warenvertreiber „herunter mit den Preisen“ müssen. Notabene in einer Zeitspanne, wo durch ihre großagrarische Brot- und Zollpolitik nicht nur das Brot verschlechtert, sondern Brot und Mehl auch noch verteuert werden. Dazu die preisshühende Tätigkeit der Industrie- und Handelskartelle, die den entscheidenden Punkt der Preisbildung in den Händen halten: die Produktionsmittel, unterstützt von der „Klinke der Gesetzgebung“ durch die industrielle und großagrarische Hochschußzollpolitik werden billige Preise dem Ausland offeriert, Monopolpreise aber der Masse der Handwerker und Verbraucher aufgeschafft.

So ist die Lage richtig gesehen, und die Konsumgenossenschaften können schon im Hinblick auf ihre automatische Preisregulierung jeder Regierung das Wort demotisieren: „Wir haben unsre Schuldigkeit getan, tut ihr die eure!“

In diesem Zusammenhang ist auch der Hinweis auf die steuerliche Mißhandlung der Konsumgenossenschaften sowohl durch die Gesetzgebung wie Rechtsprechung mehr denn je am Platz. Eine Mißhandlung, die verhältnismäßig darin ausgedrückt ist, daß die deutschen Konsumgenossenschaften in Vorkriegszeiten ihren Mitgliedern eine Rückvergütung von durchschnittlich 9 Proz. auf den Warenumfang bieten konnten, während sie heute auf 4 bis 5 Proz. zurückgegangen ist. Auch darin ist Warenpreisregulierung nach unten ausgedrückt und die Frage: „Was machen die Konsumgenossenschaften?“, in so befriedigender Weise beantwortet, daß sie um eine gerechte Beurteilung ihres Standpunktes nicht zu bangen brauchen. Nehme man ihnen die Last der ungerechten Gewerbesteuer, die Last der doppelten Umsatzsteuer, die Last der Sonderumsatzsteuer und die Last der drohenden Fiktionalgewerbesteuer ab, dann werden sie in der Lage sein, sich beispiel- und richtunggebend in der Frage des Preisabbaues praktisch zu betätigen, die übrigen im Zusammenhang mit dem Lohnabbau und gleichzeitiger agrarischer Hochschußzollpolitik kaum anders als ein bequemes Ablenkungsmanöver bewertet werden kann. Im übrigen kommt der Preisabbau bei den Konsumgenossenschaften die Bedeutung in gar keiner Weise zu wie beim Privathandel, weil die Rückvergütung an die Mitglieder das Ventil bildet, aus welchem die wirtschaftlichen Leistungen der Konsumgenossenschaften strömen, welche sich mehr auf den Warenumfang, als auf den Warenpreis aufbauen; wobei jedoch nicht besritten werden soll, daß bei manchen Konsumgenossenschaften auch zu teuer zurückgezahlt worden ist und etwas mehr Zurückhaltung an die Stelle vorzeitiger Betriebserweiterungen treten sollte.

Das Gebot der Selbsthilfe

Die deutsche Wirtschaft steht wieder einmal unter schwerstem Druck. Es müßte nicht so sein, wenn nicht das politische Ereignis vom 14. September eine vorher schon ungemein schlechte Wirtschaftslage, die mit über drei Millionen Arbeitslosen hinlänglich gekennzeichnet ist, durch seinen zerstörenden Einfluß auf das außerpolitische Vertrauen in Deutschlands Stabilität als Staat und Wirtschaft nahezu bis zur Hoffnungslosigkeit verschlimmert hätte. Die wirtschaftliche Not ist darum weiter gestiegen und der Winter sieht hart und drohend vor der Tür.

Da ist es eigentlich erstaunlich, daß nicht nur die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Massen der Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Millionen noch in Arbeit stehenden einen so verhältnismäßig kleinen Gebrauch machen von dem zur Verfügung stehenden Mittel der genossenschaftlichen Selbsthilfe. Freilich kein grundsätzliches Hilfsmittel, das die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnote beseitigen könnte, die ja im wesentlichen durch politische Faktoren entstanden ist. Aber immerhin ein Mittel, das ihre Wirkungen wesentlich abzumildern in der Lage ist, wenn es mit Energie und in umfassender Weise von den Verbrauchergruppen zur Anwendung gebracht wird.

Dabei ist zunächst an die Senkung der Warenpreise in den Konsumgenossenschaften zu denken, welche auf Grund statischer Feststellungen in großen Konsumgenossenschaften für wichtige Lebensmittel, wie Fleisch und Wurstwaren, Öl, Butter, Fettwaren, Käse, Brot, Kaffee, Süßensfrüchte usw., im Vergleich vom Juli 1930 zum Juli 1929 schon mit 13 Proz. billiger verkauft im Durchschnitt bewertet wird. Es ist ferner an die Rückvergütung zu denken, die von den Konsumgenossenschaften nach Maßgabe des Warenumfanges an ihre Mitglieder ausgezahlt wird und die mit dem Steigen des Warenumfanges sich automatisch erhöht. Sie bewegt sich heute zwischen 5 bis 6 Proz. Steigen die Umsätze, so steigen die Rückvergütungen, so daß mit der erfolgten Senkung der Warenpreise ein Wirtschaftsvorteil von 20 Proz. durch die Konsumgenossenschaften geboten ist, insbesondere wenn man noch beachtet, daß die Preise der bekannten Markenartikel, soweit sie von den Großverkaufsgesellschaften der Konsumgenossenschaften hergestellt sind, bis zu 30 Proz. billiger sind als die Monopolpreise der privaten Markenartikelfabrikanten.

Da muß es sich doch lohnen, Mitglied einer Konsumgenossenschaft zu sein. Und wenn schon das Wort von der Not, die beten lernt, auch einen praktischen Sinn haben soll, so müßte die heute so drückende Not in Millionen von



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Heinrich Jung in Niekeln a. Rh.
Eingetreten: 21. August 1880 — Seit Invalide



Wilhelm Knöfke in Berlin
Eingetreten: 26. Juni 1880.
Seit Invalide



Karl Meigen in Berlin
Eingetreten: 5. Dezember 1886
Seit Invalide



Familien der Arbeiter und Angestellten den Konsumgenossenschaften Millionen neuer Mitglieder zuführen, stellt den Millionen, die in ungesegelter wirtschaftlicher Einsichtslosigkeit das Mittel der genossenschaftlichen Selbsthilfe verschmähen, ein schlechtes Zeugnis aus, daß in England, das auch mit über zwei Millionen Arbeitslosen gezeichnet ist, 6,4 Millionen Familien konsumgenossenschaftlich organisiert sind mit einem jährlichen Warenumfang von 5000 Millionen Mark, was ihnen eine Ersparnis von mindestens 500 Millionen Mark bringt. Wogegen in Deutschland mit einer um ein Drittel größeren Bevölkerungsziffer (83 gegen 45 Millionen) nur 4 Millionen Familien mit einem Warenumfang von erst 1 1/2 Milliarden das Gebot der genossenschaftlichen Selbsthilfe erfasst haben. Darum: Hinein in die Konsumgenossenschaften!

Nationalisierte Wirtschaft ohne Arbeitslosigkeit

Das privatkapitalistische Wirtschaftssystem befindet sich in einer Weltkrise, die in Deutschland verschärft ist durch die jährlichen Reparationsleistungen von zur Zeit 2 Milliarden Mark. Die Arbeitslosigkeit als bestimmender Faktor dieser Krise hat in allen Industrieländern erschreckenden Umfang angenommen und das Ende ist nicht abzusehen, es sei denn, daß die von Preußen vorbereiteten Maßnahmen — gefällige Beschränkung der Arbeitszeit auf die 40-Stunden-Woche, neuntes Schuljahr, landwirtschaftliche Meliorationsarbeiten, Beschäftigung nur inländischer Landarbeiter — einen wesentlichen Erfolg aufzuweisen haben würden. Was im Interesse des Volksganges dringend zu wünschen und zu erhoffen ist.

Daß die Arbeitslosigkeit zwar nicht allein, aber doch in starkem Ausmaße durch die Rationalisierung in der Privatwirtschaft beeinflusst worden ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Zum Beweis genügen zwei Beispiele. Die ZG Farbenindustrie, das größte deutsche Industrieunternehmen, hat allein im Jahre 1929 über 20 000 Arbeiter und Angestellte entlassen, was einer „Einsparung“ von rund 56 Millionen Mark an Gehältern und Löhnen bei gleichbleibender Produktion gleichkommt. Die Fahrzeugwerke Mercedes erzeugten im Jahre 1924 mit 3500 Arbeitern pro Tag 40 Motorräder und 4 Autos, im Jahre 1929 mit 1900 Arbeitern pro Tag 120 Motorräder und 17 Autos. Im ganzen ist nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung der Produktionsindex (Normalzahl 100) von 77,5 im Februar 1924 auf 126,9 im Oktober 1929 gestiegen — d. h. es wurde bei einer etwa zwei Millionen Arbeitskräfte verminderten Belegschaft 49,4 Punkte Mehrproduktion geleistet.

Da ist es nun gewiß von höchstem Interesse, zu sehen, wie sich das Arbeitsverhältnis in den konsumgenossenschaftlichen Unternehmungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine entwickelt hat. Die Zahl der beschäf-

tigten Personen ist vom Jahre 1914 mit 26 234 auf 55 600 im Jahre 1929 gestiegen. Der Umsatz von 486,4 Millionen Mark, auf 1176,3 Millionen Mark. Nach der Preisgestaltung von 1914 bis 1929 ist aber, um zu einem richtigen Vergleichsfaktor zu kommen, der Umsatz des Jahres 1914 um etwa 50 Proz. zu erhöhen, so daß er für dieses Vergleichsjahr 729,6 Millionen Mark betragen würde. Während bei der so gewonnenen Unterlage der Umsatz um rund 61 Proz. zugenommen hat, beträgt die Zunahme der beschäftigten Personen (26 234 : 55 600) 29 366 = 112 Proz. Allein von 1928 auf 1929 betrug die Zunahme der Beschäftigten (49 724 : 55 600) — innerhalb einer Arbeitsloseniffer von 2 1/2 Millionen in der Privatwirtschaft! — 5876 Personen.

Die Erklärung dieser interessanten Tatsache beruht einmal darin, daß die konsumgenossenschaftliche Unternehmensform, die im wesentlichen aus Warenverteilung besteht, an sich eine rationellere, d. h. durch Konzentration der Kaufkraft rationalisiert ist, und zum andern darin, daß ihr sozialwirtschaftlicher Charakter das rückwärtslose „Ludie-Strage-sehen“ der privatkapitalistischen Wirtschaftsform nicht kennt. Weshalb auch — neben der ums Dreifache erhöhten Steuerlast gegen die Vorkriegszeit — die Wirtschaftserträge der Konsumgenossenschaften gegenüber der Vorkriegszeit um etwa 50 Proz. niedriger sind, während die Privatwirtschaft mit dem Mittel der Rationalisierung sich wieder die Profitrate der Vorkriegszeit zu sichern sucht und zum Teil auch schon wieder geschafft hat.

Es ist also im ganzen die ebenso interessante wie erfreuliche Tatsache festzustellen, daß die Konsumgenossenschaften zur herrschenden Arbeitslosigkeit noch keinerlei Zufuß verursacht haben, was volkswirtschaftlich und sozial gesehen von höchster Bedeutung ist.

Konsumgenossenschaftliche Volkswirtschaft in England

Es ist immer von besonderem Reiz, in das Wirtschaftsleben anderer Völker hineinzuschauen und davon für das Wirtschaftsleben des eignen Volkes zu lernen, weil es immer gewinnbringend ist. Negativ oder positiv. Und da man es bei der konsumgenossenschaftlichen Bewegung im allgemeinen, insbesondere aber bei der englischen, immer mit etwas positivem, d. h. mit ansteigender Entwicklung zu tun hat, so ist der Gewinn auch positiv angesehbar.

Zu solchen Erwägungen wird man angeregt durch den Bericht über die englische konsumgenossenschaftliche Bewegung im Jahre 1929, welcher kürzlich auf ihrem Kongress vor rund 2000 Teilnehmern erstattet wurde. Diese Zahl scheint ja übertrieben hoch, aber wenn man überlegt, daß hinter den 2000 Teilnehmern 6 378 309 Mitgliederfamilien in 1239 Genossenschaften stehen, so handelt es sich nur um eine imponante Repräsentation einer noch imponanteren Gesellschafts- und Wirtschaftsmacht des englischen Volkes, wie sie kein andres Volk der Welt bis heute zu bieten imstande ist. Die Vermehrung der Mitgliederzahl gegen 1928 betrug nicht weniger als 439 174 Familien, und es wurde auf dem Kongress festgestellt, daß nunmehr die entwicklungsmehrheit des englischen Volkes konsumgenossenschaftlich organisiert ist. Und man bedenke: in nur 1239 Genossenschaften, was deutlich die Stärke der Konzentration erkennen läßt. Die Größe der Mitgliederzahl und deren kolossaler Zuwachs in einem Jahr ist um so bemerkenswerter, als die englischen Konsumgenossenschaften an jedermann verkaufen und verkaufen dürfen, ohne deshalb befürchten zu müssen, ausnahmestuerlich mißhandelt zu werden — wie in Deutschland. Wenn man die rund vier Millionen Konsumgenossenschaftsmitglieder bei einer Bevölkerungszahl von nahezu 64 Millionen den 6,4 Millionen englischen Mitgliederfamilien bei nur 45 Millionen Bevölkerungszahl gegenüberstellt, dann kann man sich diese für die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung sehr nachdenkliche Erscheinung vor allem nur dadurch erklären, daß der Verkauf an jedermann als ungeheures Propagandamittel wirkt, dessen Anziehungskraft in der Gesamtmittelgliederzahl und im Jahreszuwachs deutlich zu erkennen ist.

Das Arbeitskapital der Mitglieder, also deren eigenes Betriebskapital, betrug Ende 1929 nicht weniger als 2 Milliarden 207 Millionen Mark (1928: 1,99 Milliarden). Wogegen sich die Geschäftsguthaben der deutschen Konsumvereinsmitglieder mit rund 70 Millionen Mark bescheiden armfelig ausnehmen. Ja, die „reichen Bettlern“ überm Ranal.

Der Warenumfang belief sich auf rund 4,5 Milliarden Mark, worin aber der Umsatz der beiden Großverkaufsgesellschaften nicht enthalten ist. Die Zunahme betrug rund 300 Millionen Mark. Der Warenumfang in Deutschland 1929 betrug rund 1,5 Milliarden Mark. Während also die Mitgliederzahl in England um 60 Proz. größer ist, zeigt der Umsatz das Dreifache des deutschen.

In diesem Warenumfang der englischen Konsumgenossenschaften ist die Eigenproduktion in Genossenschaftsfabriken mit rund 728 Millionen Mark beteiligt; mit der Eigenproduktion der beiden Großverkaufsgesellschaften dürfte ein Warenwert von 1,5 Milliarden erreicht sein, der dem deutschen Warenumfang im ganzen gleichkommt.

Die Rückvergütung der Mitglieder ist bei durchschnittlich 10 Proz. vom Warenumfang auf 450 Millionen Mark zu berechnen — eine eindrucksvolle Wirtschaftsleistung.

Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 181 610 bei einer Zunahme von 14 034 gegenüber dem Vorjahr. Woraus sich ebenfalls ergibt, daß an der stark zunehmenden Arbeitslosigkeit die Betriebe der Konsumgenossenschaften nicht beteiligt sind. ff.

Kann ein Arbeiter Gewerbelehrer werden?

„Das Bildungsmonopol durchbrechen“, so verlobt Preußen stolz die Reform der Gewerbelehrausbildung. Jetzt ist es dem vorwärtsstrebenden Arbeiter möglich, die Hochschule zu besuchen. Auch die Gewerkschaften begrüßen das Gesetz. Wir wissen, wie wichtig es ist, daß Gewerkschaftler in Positionen des Fortbildungsschulwesens einbringen, und wie notwendig, daß Arbeiter ihren eignen Nachwuchs in ihrem Geiste erziehen.

Tatsächlich ist durch die neue Verordnung das Bildungsmonopol theoretisch durchbrochen, aber nur theoretisch. Wie sieht nun die Praxis aus? Der Ausbildungsgang ist folgender: Es werden ab Ostern in den Städten Essen, Frankfurt a. M. und Berlin sogenannte Vorbereitungskurse eingerichtet. Diese laufen drei Jahre. Dann ist die Aufnahmeprüfung. Die Ausbildungszeit an den Berufspädagogischen Akademien ist vier Semester = zwei Jahre (man muß aber wohl damit rechnen, daß die Zeit auf sechs Semester = drei Jahre erhöht wird). Wenn also ein 21jähriger Arbeiter sich melden würde, den Vorbereitungskursus abschle, die Aufnahmeprüfung besteht und die Schule dann noch bis zum Schluß besucht, würde er eventuell mit 26 Jahren bzw. mit 27 Jahren Gewerbelehrer sein. Das wäre ganz schön, leider scheitert aber der beste Wille an einem: dem Gelde! — Dies ist der springende Punkt bei der ganzen Sache. Für einen Arbeiter ist es fast unmöglich, das Geld zum Studium aufzubringen.

Der Vorbereitungskursus ist verhältnismäßig billig. Es kostet die Semesterstunde 2 M. Wöchentlich sind drei Abende mit je drei Stunden vorgesehen, das sind neun Stunden, die also 18 M. kosten. Sechs Semester dauert der Kursus. Die gesamte Ausgabe für die drei Jahre wäre also 108 M. Nicht einbezogen sind hier die Bücher- und Materialkosten. Die Hälfte ist mit 100 M. pro Jahr für nicht zu hoch. Das sind 300 M. extra. Die Allgemeinbildung muß in diesen Jahren auch noch besonders gepflegt werden. Theater- und Konzertbesuche werden notwendig sein. Schönegeistige Literatur wird man schließlich aus Bibliotheken bekommen können. So wird man mindestens 500 M. für die drei Jahre der Vorbereitung annehmen können.

Der direkte Besuch der Akademie ist kostenfrei. Doch ist es notwendig, eine bestimmte Anzahl von Vorlesungen an der örtlichen Hochschule zu belegen. Die Kosten hierfür werden etwa 100 M. pro Semester betragen, das macht 400 M. für die zwei Jahre. Die Unterhalts-, Bücher- und Materialkosten belaufen sich auf etwa 2500 M. pro Jahr, also insgesamt 5400 M. in zwei Jahren. Eventuell bekommt der Schüler ein Stipendium in Höhe von 150 M. pro Jahr. In Ausnahmefällen kann bis 500 M. gegangen werden. Die Aufnahmeprüfung kostet 25 M. Für die notwendigen Papiere: Gesundheitszeugnis, Reumundzeugnis usw. muß man mindestens nochmals 25 M. annehmen, dazu kommt eventuell noch das Fahrgehalt zum Prüfungsort. Also braucht man für die Aufnahmeprüfung etwa 60 M. So kostet der gesamte fünfjährige Ausbildungsgang (drei Jahre Abendstudium und zwei Jahre Hochschule) rund 6000 M. Wenn wirklich dem Schüler ein Stipendium von 500 M. pro Jahr bewilligt wird, fehlen doch noch 6000 M., die er selber aufbringen muß.

Abgeschlossen kann m. E. gesagt werden, daß auch für die nächste Zukunft die Jugendziehung wohl eine Domäne der beseitigten Kreise bleiben wird. Um dem neuen Gesetz auch tatsächlich die gewollte Wirkung zu verschaffen, wird der Preussische Staat nicht umhin können, noch einen weiteren Schritt zu tun. Er muß Gelder in einem solchen Umfang zur Verfügung stellen, daß es jungen Arbeitern möglich ist, den Ausbildungsgang im vollen Umfange durchzuführen. Wenn es immer heißt, der Staat habe kein Geld, so muß man sich doch fragen, ob die vom Staate getesteten Subventionen auch weiterhin im vollen Maße beibehalten werden sollen, oder ob es nicht besser ist, diese Gelder zur Ausbildung junger Arbeiter zum Gewerbelehrerberuf zu verwenden. Auch liegt dies ja im Sinne einer demokratischen Republik.

Düsseldorf.

J. Schmidt.

Anmerkung der Schriftleitung: Unter Hinweis auf unsere Kundschamnotiz in Nr. 81 über die Gewerbelehrausbildung in Preußen sei bemerkt, daß die Ausbildungskurse an einer Reihe von pädagogischen Instituten nicht allen Berufen offen stehen. Vorläufig sind diese Kurse nur für Angehörige des Baugewerbes, des Metallgewerbes, des Nahrungsmittelgewerbes, des Ledergewerbes und des Bekleidungs gewerbes bestimmt.

Korrespondenzen

Berlin. (Drucker. — Vierteljahrsbericht.) Am 21. August fand statt der üblichen Vereinsversammlung ein Technischer Abend statt. Als Vortrag hatte die Technische Kommission die folgende Streitfrage: „Ist eine Einheitszurichtung möglich?“ gewährt. Kollege Schröder schloß die Beweggründe, die unsere Kollegen im Reich veranlaßten, die Einheitszurichtung zu fordern. Die Auffassung der gesamten Technischen Kommission geht dahin, daß wir wohl eine vereinifachte Zurichtung erreichen können durch verbesserte Betriebsrichtungen, aber niemals eine einheitliche Zurichtung oder Zurichtbarkeit. Wir sind nicht in der Lage, diese Arbeit am laufenden Band herzustellen, sondern sie ist eine individuelle Tätigkeit, die sich nach der Art des Betriebes, der Maschine und sonstigen Materialien richtet. Die Frage: Anmalen oder nicht anmalen, ist doch in der Jetztzeit überholt. In der Diskussion wurde dieser Standpunkt gutgeheißen, und es kam zum Ausdruck, daß wir auch nicht die vereinifachte Zu-

richtung zu fordern brauchen, weil wir selbst dadurch die Rationalisierungsbestrebungen der Unternehmer bei der jetzigen großen Arbeitslosigkeit noch unterstützen würden. — Umgekehrt wurde die Septemberversammlung wurde mit einem Vortrag des Gauvorstehers Robert Braun über „Die Situation im Gewerbe“ eingeleitet, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Unter „Bereitsmittelungen“ berichtete dann Kollege Schumann von einer Änderung auf dem Nachweis, wonach Drucker nur noch von 8 bis 10% Mfr vermittelt werden. Er erinnerte ferner an die Einschaltung der Einprüfungsliste bei den stattfindenden Lehrlingeinstellungen. Besonders empfahl er den jungen Kollegen, sich an unsern beginnenden Fachkursen recht rege zu beteiligen. Den daran teilnehmenden arbeitslosen Kollegen wird das Fahrgehalt zurückerstattet. Zu der Angelegenheit Felgentreff konnte er erteillicherweise mitteilen, daß die Firma dem Einigungsorschlag zugestimmt habe und an neun Kollegen folgende Entschädigung gezahlt wird: zwei Mitgliedern des Arbeiterrats je 300 M., sechs Kollegen je 200 M. und einem noch arbeitslosen Kollegen 250 M. In Anbetracht der schweren gesundheitlichen Schädigungen im Tiefdruck hat sich der Gau- bzw. Verbandsvorstand mit verschiedenen Kapazitäten auf diesem Gebiet in Verbindung gesetzt und will noch in Verbindung mit der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe Untersuchungen von 50 im Tiefdruck Beschäftigten vornehmen lassen. Es folgten nun noch einige Mitteilungen verschiedener Art. — In unserm Oktoberverammlung, die gleichfalls einen guten Besuch aufzuweisen hatte, referierte Kollege Walter Wieland über „Die Vorhildentonsenz des Kreises Berlin“. Der Referent schickte seinen Ausführungen einen kurzen Überblick über die Einteilung des weitausgedehnten Kreises Berlin und dessen angegliederte Vereine voraus. Angegliedert ist ferner die Berliner Rotations- und Tiefdruckervereinigung. Er ging dann auf die am 28. September in Berlin abgehaltene Konferenz in längeren Ausführungen ein, besonders hob er aus dem Jahresbericht des Kreisvorsitzenden Wendland hervor, daß die Zusammenarbeit mit den einzelnen Vorständen des Kreises eine sehr gute war, die organisatorische Lage ist ebenfalls eine gute, während die finanzielle Lage als weniger gut bezeichnet werden kann. Die Mitgliederzahl ist erfreulicherweise auf über 2900 gestiegen, somit ist Berlin vor Leipzig der größte Kreis Deutschlands geworden. Neu gegründet wurde der Bezirksdruckerverein Kolberg, ihm angeschlossen sind zehn kleine Vereine aus Vorber- und Hinterpommern. Einen großen Teil seines Berichtes wandte Kollege Wendland der heutigen Arbeitslosigkeit sowie der Rationalisierung und deren Auswirkungen zu. Um der steigenden Arbeitslosigkeit etwas Einhalt zu gebieten, ist heute dringender denn je die Verklärung der Arbeitszeit zu fordern. Dem Kreisvorstand wurde für seine Tätigkeit die vollste Anerkennung ausgesprochen. Wie die Berichte aus den Provinzvereinen ergaben, ist die Zugehörigkeit zur Sparte eine fast 100prozentige. Außerst schwierig ist aber, in den kleinen und Bezirksvereinen eine Verammlung zu veranstalten, weil diese meist mit zu hohen Kosten verbunden sind, da die Kollegen, größtenteils, erst mehrere Stunden Bahnfahrt zurücklegen müssen, um zu einem zentralen Verammlungsort zu gelangen. Die Lohnabbauverluste haben auch in der Provinz bisher zu keinem Ergebnis geführt, die Lohnverhältnisse sind als günstig zu bezeichnen. Die Rationalisierung ist erteillicherweise noch nicht bis in die äußersten Winkel der Provinz vorgedrungen. Es folgte eine kurze Diskussion. Kollege Dörbner verwies im Laufe der Diskussion auf einen Bericht, wonach das Paraffinverfahren gesundheitsgefährdend und freibörend sei. Kollege Schumann bemerkte hierzu, daß auch der Vorstand ein reges Interesse an den Gewerkschaften habe und für eine der nächsten Verammungen einen geeigneten Referenten besorgen wird, der zu diesem Thema sprechen soll. Ferner wünschte er, daß man auch in Berlin bald von einer 100prozentigen Spartenzugehörigkeit sprechen könne. Unter „Bereitsmittelungen“ wies Kollege Schumann hin, daß bisher noch keine Möglichkeit vorhanden war, die Lehrlingeinstellung von der neuen Lehrlingsstaffel abhängig zu machen, trotzdem müßte man ein wachsendes Auge darauf haben. Auf vielseitige Anfragen, ob wieder Exkursionen ähnlich der Hallefahrt stattfinden, teilte er mit, daß diese wegen der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen geringeren Kasseineinnahmen nicht möglich sei, veraten könne er aber, daß im nächsten Jahr unser 35. Stiftungsfest gefeiert wird. Ferner teilte Kollege Schumann mit, daß Beiträgen im Gange waren, einen Rotations-Druckeratz zu veranstalten, was aber in einer Sitzung mit der Zentralkommission mit der Begründung abgelehnt wurde, daß man einen Rotations-Druckertag nicht kenne und die Rotationsereignisse auf Druckertagen miterleben würden. Unter „Verschiedenes“ sprach Kollege Wendland über die letzte Rotationsverammlung, die sich u. a. auch mit der Unternefrage beschäftigte. Wie von verschiedenen Rotationskollegen ausgeführt wurde, käme ein Anlernen in nächster Zeit gar nicht in Frage, da man selber 40 arbeitslose Rotationsler habe. Er, Wendland, wende sich als Fachdrucker mit Entrüstung gegen diese Auffassung, da er der Meinung sei, daß die große Arbeitslosigkeit nicht nur immer von den Flachdruckern getragen werden müßte, sondern man auch von den Rotationslern einmal finanzielle Opfer fordern könnte. Hieran schloß sich eine längere lebhaftige Diskussion.

Reuthen i. Oberh. (Handseher.) Unsere Verammlung am 2. November hatte leider nicht den erhofften Besuch. Mit desto größerem Interesse lauschten aber die erschienenen Kollegen, darunter auch einige Drucker und Maschinenseher, den Ausführungen des Referenten, Kollegen Otto Fiedler (Berlin). In übereinstimmender Weise führte er die Notwendigkeit der Handseherpartei vor Augen. Alle Handseherkollegen hätten, nachdem der Frankfurt Verband einstimmig die Anerkennung der Handseherpartei vollzogen, die Pflicht, sich ihrer Sparte anzuschließen. Spartenarbeit ist Arbeit auf breiterer Grundlage. Leider ist die Gründung der Sparte viel zu spät erfolgt, viel Erziehungsarbeit ist bei den Handsehern noch zu leisten. Wir dürften nicht mit Reid auf die Errungenchaften der Maschinenseher sehen, sondern müßten ihnen nachsehen. Die Handseher seien von rund 75 Proz. vor 30 Jahren heute auf etwa 48 Proz.

aller Buchdrucker zurückgegangen. Fast zwei Drittel aller Arbeitslosen im Verband seien Handseher. Die heutige Handseherarbeit sei Qualitätsarbeit. Im Rahmen der Gesamtorganisation wolle die Handseherpartei zum Nutzen der Kollegenschaft wirken. Keiner Beifall bedingte den Referenten für seine trefflichen und treffenden Worte. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Der Verammungsleiter, Ortsvereinsvorsitzer Kleisch, hat nunmehr die Kollegen um Vorschläge für einen vorläufigen Vorstand. Die Kollegen wurden daraufhin mit den weiteren Arbeiten betraut. Eine Anzahl Handseherkollegen erklärte sich sofort bereit, der Handseherpartei beizutreten, und es ist zu hoffen, daß in Kürze die endgültige Gründungsverammlung stattfinden kann. Einige Anfragen wurden vom Kollegen Fiedler erspöndlich beantwortet.

Bremen. Unsere fast besuchte Bezirksversammlung am 11. November wurde mit einem Vortrag des Herrn Dr. Lühe von der Bremischen Landesgewerkschaft mit dem Thema: „Einführung in den neuzeitlichen Wettbewerbs“, eingeleitet. Die Ausführungen des Referenten, von Lichtbildern unterstützt, wurden mit größtem Interesse verfolgt. Unter „Bereitsmittelungen“ gedachte Bezirksvorsitzender Goletz ehren eines verstorbenen Kollegen. Sodann wurde ein Fall von Schwarzarbeit traftester Art vom Vorsitzenden zur Kenntnis gebracht. In ausgedehntem Maße leistete der Seher Ernst Reinecke, der in Dauerstellung steht, seit langer Zeit Schwarzarbeit. Dieser Ausschlag, der nachweisbar auch jetzt noch, wo die Arbeitslosigkeit ungedachte Formen angenommen hat und die Not äußerst groß ist, sich nicht entblödet, nach Beendigung seiner achtstündigen Arbeitszeit wie auch während seiner Ferienzeit in einem Kleinbetrieb weiter zu wirken, gehört seit geraumer Zeit dem Gutenbergsbund an. Ende Februar d. J. trat Reinecke aus dem Verband aus, nachdem unser Bezirksvorstand ihm sein völlig unkollegiales Verhalten wegen der Schwarzarbeit vorgehalten hatte. Damals bestreift er ganz entschieden dieses Vergehen. Da wir jetzt Beweismaterial in Fülle haben, möchten wir nicht verfehlen, die Sachwelt auf das unaußere Handwerk des Gewerkschafters aufmerksam zu machen. Der Vorsitzende betonte besonders, daß Mitglieder unsres Verbandes, denen ein solches Vergehen nachgewiesen wird, unweigerlich zum Ausschluss kommen. Auch in der Peawag-Druckerei am Ort sollen zur Zeit der Reichstagswahl ohne Entgelt an Sonntagen Flugblätter hergestellt worden sein, was mit Recht als falsch verstandener Idealismus bezeichnet wurde. Hierzu nahm die Verammlung zur „Kündigung des Lohnabkommens“ Stellung. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden sprachen zu diesem Punkt zunächst die Kollegen Stöckinger und Schumann und betonten, daß alles zum Kampf gegen beschäftigte Beschäftigten getan werden müsse. Gauvorsteher Scherer p hob besonders hervor, daß sich in dieser Zeit jeder auf sich selbst besinnen müßte. Trotz der schlechten Konjunktur bilden wir eine Kraft, wenn wir den Unternehmern eine geschlossene Front entgegenstellen. Der deutsche Arbeiter hat noch viel, was in einer Reihe von langen Jahren langsam und Stückweise aufgebaut worden ist, zu verlieren gegenüber den anderen Ländern. Sind wir eine Macht, so können wir auch über diese Zeit hinweg. Zu „Verschiedenes“ wurden noch einige Angelegenheiten in der Arbeitsvermittlung besprochen.

Döbeln. Unsere Herbst-Bezirksversammlung fand am 9. November in Rosten statt. Vertreten waren die Bezirksorte Döbeln mit 18, Leisnig 9, Rosten 16, Rathenow 10 und Siebenlehn 8 Kollegen. Vorsitzender Schröder eröffnete die Verhandlungen mit einem kurzen Hinweis auf die historische Bedeutung des 9. November für die deutsche Arbeiterklasse und ermahnte die Kollegen, nach besten Kräften ihren Mann in den Organisationen der Arbeiterschaft zu stellen und die reaktionären Kräfte, die sich uns in der jüngsten Zeit entgegenstemmen, niederzuräumen. Sodann referierte Kollege Baumeister (Dresden) über die durch schwere Krankheit verhinderten ersten Gauvorsteher Sachmann über das Thema: „Der Angriff der Buchdruckunternehmer auf die bestehenden Löhne“. In tiefstürzenden Ausführungen und interessanten Belegen entwarf der Redner ein ungemühtes Bild der gegenwärtigen allgemeinen gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Situation. Die „fortschrittliche“ Einstellung der Prinzipale im einzelnen wie ihrer Organisation wurde besonders genau unter die Lupe genommen. Der Standpunkt, den der Verbandsvorstand sowie alle Gauvorstände diesen Tatsachen gegenüber einnehmen, und die Taktik, mit der wir unsern wirtschaftlichen Gegenpieler entgegenzutreten werden, fand restlose Zustimmung der versammelten Kollegen. Eine Resolution, die sich gegen den unberechtigten Lohnabbauplan des Deutschen Buchdrucker-Vereins wendet und zwecks Einreihung der erwerbslosen Kollegen in die Produktion eine Herabsetzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen fordert, fand einstimmige Annahme. Die Notwendigkeit der Erhöhung des Gaubeitrags fand nach den Erklärungen des Kollegen Baumeister allgemeine Anerkennung. Darin zeigt sich ja eben die wahre Solidarität, da es gerade in den schwersten Zeiten darauf ankommt, durch die Tat zu beweisen, daß die Solidarität für die Buchdruckergehilfen kein leerer Begriff ist. Nach Erledigung verschiedener Bezirksangelegenheiten fand die harmonisch verlaufene Verammlung, die dazu beigetragen hat, die Einigkeit zwischen unsern Führern und den Kollegen im Lande aufs neue zu befestigen, ihren Abschluß. Unter allgemeiner Zustimmung wurde Kollege Baumeister beauftragt, dem Kollegen Sachmann für seine baldige Genesung die besten Wünsche der Verammlung zu übermitteln. Anschließend folgte ein kollegiales Beisammensein.

Edernsee. Im Oktober 1905 gründeten zehn Edernseer Kollegen einen Ortsverein, der jetzt auf ein 25jähriges Bestehen zurückblickt. Aus diesem Anlaß fand am 8. November eine Jubiläumssitzung statt, zu der sich die Mitglieder, Vertreter des Gau- und des Bezirksverbandes mit ihren Damen eingefunden hatten. Vorsitzender B. Wulf richtete herzliche Worte der Begrüßung an die Festteilnehmer. Hinweisend auf die gegenwärtigen Verhältnisse, die sich im politischen Kampf um die Erhaltung und dem Ausbau sozialer Errungenchaften widerspiegeln, forderte er alle Kollegen zu reger Aktivität auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet auf. Besonders

begrüßte der Vorsitzende die beiden Kollegen A. Brüning und Chr. Wulf als Mitbegründer des Ortsvereins und als langjährige Funktionäre. Der Senior des Ortsvereins, Kollege Brüning, hat sich um die Entwicklung des Ortsvereins recht verdient gemacht. Als weiterer Gründer gehört dem Ortsverein Kollege E. Wischen an, der auch als Geschäftsführer bzw. Pächter der Firma J. C. Schwensen dem Verband die Treue gehalten hat. Die Festrede hielt Gauvorkseher Brüter (Kiel). Er ging aus von der Gründung des Verbandes und trug in eindringlicher Weise die einzelnen Zeitabschnitte des bewegten Verbandslebens vor. Zielbewußte Arbeit, großer Opfermut und volle Hingabe für den Verband waren Vorbedingung für den gewerkschaftlichen Aufstieg. Der Redner leitete dann über zur Gründung und Entwicklung des Ortsvereins Edernsforde. Sinngemäß fang die Rede aus in den Worten: Einig im Willen, einig im Handeln. Vom Verbandsvorsitz und Gauvorkseher überbrachte er dann herzliche Glückwünsche und verband damit die Hoffnung, daß Edernsforde sich weiterhin als würdiges Glied in der Kette der Arbeiterbewegung erweisen möge. Kollege Schulz übermittelte Glückwünsche des Bezirksverbandes und des Ortsvereins Kiel. Bekannter ließ ein Porträt unres verehrten früheren Verbandsvorsitzenden Joseph Seitz überreichen. Für die örtlichen Verbände sprach Kollege Kerschler in eindringlicher Weise. Kollege H. Wulff dankte allen Rednern. Er sprach, weiterhin mit dem Ortsverein Edernsforde gewerkschaftliche Aufbauarbeit zu leisten und erbat hierzu reifliche Mitarbeit der Kollegen. Umrahmt wurde die Feier durch Konzert einer tadelloser Kapelle, durch Gesang des Gesangvereins „Vorwärts“, der mehrere Lieder zum Vortrag brachte, und durch turnerische Ausführungen der Frauenabteilung der Freien Turn- und Sportvereinsung. Nach dem gemeinsamen Schlußgesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ wurde eifrig das Langbein geschwungen, bis der Hüter des Geleises „Feierabend“ bot. Damit hatte eine Feier ihr Ende erreicht, die in allen Teilen wohl befriedigte.

Gießen. (Handseher.) In unzer Vierteljahrsvorstellung am 8. November brachte der Vorsitzende zum Ausdruck, daß trotz sonderbarer Stellungnahmen einiger Ortsvereine im Reich das Fortschreiten der Handwerkerbewegung nicht aufgehalten werden könne. Um unsern arbeitslosen Kollegen den Verfallmangelbezug zu ermöglichen, werde zukünftig trotz ungünstiger Kassenerhältnisse 50 Pf. als Beitrag an jeden anwesenden Arbeitslosen ausgehändigt werden. Zu dem Thema „Arbeitslosigkeit und Handseher“ machte Johann Kollege Schneider längere Ausführungen, die darin gipfelten, als einige und geschlossene Gesamtkollegenhaft den kommenden Ereignissen willensstark gegenüberzutreten. Um die berufliche Weiterbildung konzentrierter zu gestalten und die Kräftezerpflünderung zu vermeiden, wurde die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Bildungsverband und den übrigen Sparten ohne Widerspruch gutgeheißen. Die Besprechung örtlicher Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung, die in Anbetracht der schlechten Arbeitsmarktlage besser hätte besucht sein dürfen.

Greifswald. (Handseher.) In der Bezirksversammlung am 9. November in Stralsund war gut besucht. Vertreter waren die Ortsvereine Anklam mit 8, Barch mit 2, Demmin mit 8, Grimmen mit 18, Greifswald mit 33, Völk mit 3, Putbus mit 10, Sagen mit einem, Stralsund mit 61, Swinemünde mit 18, Trepow a. d. L. mit 2, Torgelow und Wolgast mit je 3 Kollegen, zusammen 170 Kollegen. Nicht vertreten waren die Ortsvereine Jarmen, Aldermünde und Richtenberg. Einleitend begrüßte Vorsitzender Wankel unsern Gauvorkseher Reinte (Stettin) und den Gewerkschaftssekretär Jabel (Stettin) als Gäste. Sodann gedachte er ehrend zweier im letzten Halbjahr verstorbenen Kollegen. Hierauf gab er den Geschäftsbericht und erwähnte, daß auch unser Bezirk von der großen Arbeitslosigkeit nicht verschont geblieben ist. Speziell sei Greifswald am schwersten betroffen, wo auch jetzt noch Kurzarbeit eingehält sei. Die Mitteilung, daß sich auch in unserm Bezirk nationalsozialistische Elemente einmischen wollen, löste bei den Versammelten starken Protest aus, und es wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 9. November in Stralsund tagende Bezirksversammlung verlangt vom Verbandsvorstand und der Gauvorkseherkonferenz, Mittel und Wege zu finden, die faschistischen Elemente aus unser Organisation zu entfernen.“ Ausgeschlossen wurden zwei Kollegen. Überschreitungen der Lehrlingskassa und Nichtzahlung des tariflichen Kassengeldes wurden vom Vorsitzenden unter Drohung mit der Klage beim Arbeitsgericht auf gültigem Wege geregelt, und fernerhin wird in dieser Beziehung hoffentlich eine Besserung eintreten. Die im Regierungsbezirk Stralsund einzuführende Lehrlingsordnung ist immer noch auftaube gekommen. Der von der Handwerkskammer mit den Prinzipalen aufgestellte Entwurf wurde auch von der Bezirksversammlung einstimmig abgelehnt. Der Kassenericht lag gedruckt vor und wies am 1. Oktober einen Bestand von 993 M. auf. Den Bericht der Lehrlingsabteilung gab Kollege Brischberg. Er eilte u. a. mit, daß das behnjährige Befehlen der Abteilung durch einen Bezirkslehrlingstag in Greifswald festlich begangen wurde. Fast sämtliche Lehrlinge sind organisiert. Dem Gesamtverband wurde Entlohnung erteilt. Nimmher hielt Gewerkschaftssekretär Jabel einen Vortrag über das Thema: „Die Entwicklung der Wirtschaft und die Folgen für die Arbeiterklasse“. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine interessanten Ausführungen. Ein Antrag, infolge der wirtschaftlichen Notlage vorläufig nur eine Bezirksversammlung im Jahr abzuhalten, wurde angenommen. Der Beitrag wurde in alter Höhe belassen. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Als nächster Tagungsort wurde Greifswald bestimmt. Zum Schluß kamen noch einige interne Sachen zur Erledigung.

Gildesheim. (Handseher.) In der Bezirksversammlung am 11. November hatte gute Beteiligung aufzuweisen. Nach Begrüßung und Bekanntgabe der Vereinskommunikationen durch Vorsitzenden Freuteil wurde die Ehre von vier Jubilaren, die durch 25jährige Mitgliedschaft dem Verband die Treue gewahrt haben, vorgenommen. Dann folgte ein Vortrag des Kollegen Wille (Sameln) über „Nationalsozialismus und Arbeiterbewegung“. In seinem mit größtem Interesse aufgenommenen Vortrag verstand es der Referent, Aufklärung über das arbeiterfeindliche Treiben der Nazis zu

geben und forderte zum Schluß dazu auf, an der weiteren Stärkung der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung mitzuwirken. In der hierauf folgenden Aussprache wurde gewünscht, in Zukunft öfter Vorträge, die das politische Gebiet streifen, halten zu lassen. Für gute Kassenerführung wurde dem Kassierer Entlohnung erteilt. Ferner wurde pünktlichere Abfertigung der Beiträge und Berücksichtigung der Restanten gefordert. Unter „Verchiedenem“ gab der Vorsitzende noch bekannt, daß das 65jährige Stiftungsfest des Ortsvereins am 4. Oktober nächsten Jahres stattfindet.

Ludwigshafen a. Rh. (Handseher.) In der Bezirksversammlung am 2. November in Frankfurt war sehr gut besucht. Vorsitzender Casper begrüßte mit herzlichsten Worten die Kollegen und besonders Kollegen Kraft (Mannheim) als Referenten. Vor Beginn der Versammlung brachte der Gesangverein „Gutenberg“ Ludwigshafen ein Eröffnungslied zum Vortrag. Zur Tagesordnung übergehend, machte der Vorsitzende einige Mitteilungen über die jetzige Wirtschaftslage. Unter „Geschäftlichem“ brachte er einige Schreiben zur Kenntnis. Von der Lehrlingsabteilung wurde ein Kollege in den Verband übernommen, während ein Mitglied wegen Restierens ausgeschlossen wurde. Der Kassenericht vom zweiten Quartal lag gedruckt vor und gab keinerlei Veranlassung zu Beanstandungen. Dem Kassierer Geiger wurde einstimmig Entlohnung erteilt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Kollegen Kraft: „Die Gewerkschaften im Kampf gegen die Sozialreaktion und den Faschismus“. In seinen Ausführungen schilderte er die Kämpfe der Gewerkschaften von 1913 bis 1930 um die Errungenschaften auf sozialem Gebiet. Diese abzuschaffen sei man auf dem Wege durch die letzte Reichstagswahl geschaffene Lage. Es bedarf aller Kräfte, dies abzuwenden, ebenso auch dem Lohnabbau und dem Faschismus einen starken Damm entgegenzusetzen. Redner erntete für seinen mit reichem Material versehenen Vortrag reichen Beifall. Infolge der sehr treffenden Ausführungen wurde auf Antrag aus der Versammlung von einer Diskussion Abstand genommen. Unter „Verchiedenem“ wurde Propaganda gemacht, der Handseherpartei beizutreten, ebenso wurde auf die Fortbildungskurse an der Gewerkschule empfehlend verwiesen unter Bekanntgabe der Gebühren. Mit einem Lied des Gesangvereins „Gutenberg“ fand die Versammlung ihren Abschluß. — Es folgte ein gemüthliches Beisammensein bis zur Abfahrt der Züge.

Münster i. W. (Handseher.) In der Bezirksversammlung am 2. November fand am 2. November hier am Bezirksvorort statt. Traditionsgemäß eröffnete die „Typographia“, die nicht nur zahlenmäßig im Wachstum begriffen ist, die Verhandlungen mit einem ihmmanischen Chor. Nach ehrenden Ansprachen, gewidmet den Opfern der beiden Bergwerkskatastrophen wie einem verstorbenen Bezirkskollegen, wurden zwei Neuaufnahmen vorgelesen. Der Vorsitzende verlas unter allgemeiner Heiterkeit ein Werbezettel des Gutenbergbundes. Die Versammlung ging über diese trampartige Mittelwerbung zur Tagesordnung über. In der am 5. Oktober veranstalteten Feier des 25jährigen Bestehens unserer Lehrlingsabteilung konnte der Vorsitzende noch die erzielte Lasterbegehrigkeiten, daß als Erfolg dieser Veranstaltung sechs Neuaufnahmen bzw. Übertritte (darunter der Vorsitzende der Lehrlingsabteilung des Gutenbergbundes) zu buchen sind. Kollege Greiner verlies dann auf die seit Oktober geltende Lehrlingskassa, deren Anerkennung durch die Handwerkskammer in den nächsten Tagen zu erwarten sei. Der vom Bezirkskassierer gegebene Kassenericht ließ zwar einen guten Kassenericht, aber auch die große Inanspruchnahme der Kasse durch die zunehmende Arbeitslosigkeit erkennen. Eine längere Diskussion brachte der Bericht über die Bezirksvorkseherkonferenz vor allem dadurch, daß der einzige Vertreter der RGD im Bezirk die bekannten Oppositionsweisheiten vom Stapel ließ. Daß der Bezirksverein jedoch kein Boden für seine Moskauer Parolen ist, bewiesen die teilweise recht temperamentoollen Ausführungen der übrigen Kollegen. Vorsitzender Greiner ersuchte im Schlußwort, Vorschläge zur Neuwahl des Gauvorksehers bis Ende November an den Bezirksvorstand gelangen zu lassen. Nach Erledigung kleinerer örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Wiesbaden. (Handseher.) Nach langer Pause trat die hiesige Vereinigung wieder in ihre Tätigkeit ein. Der Besuch der Bezirksversammlung am 1. November ließ leider zu wünschen übrig. An Stelle des erkrankten Vorsitzenden wurde sie vom Schriftführer geleitet. Nach Erledigung des „Geschäftlichen“ erstattete der Kassierer den Kassenericht. Es wurde ihm Entlohnung erteilt. Sodann berichtete Kollege Linder über die Handseherparteiabteilungskonferenz des Gauwes Mittelrhein in Worms. Die Diskussion verlief in sachlicher Weise und zeigte vor allen Dingen, daß für die Handsehervereinigung noch ein großes Stück Arbeit zu leisten ist, von der sich kein Kollege ausschließen sollte. Unter „Verchiedenem“ fanden noch einige Fragen Erledigung, so die Schaffung einer Berechnungskommission. Dann wurde ein Ausflug nach Mainz beschlossen, verbunden mit einer Besichtigung.

Wittenberg. (Handseher.) In der Bezirksversammlung am 2. November fand in Torgau statt. In Verbindung damit beging der Ortsverein Torgau sein 25jähriges Bestehen. Als Andenken erhielt jeder Teilnehmer eine Jubiläumsschrift ausgedrückt. Nachdem Bezirksleiter J. u. G. Bl. u. H. (Wittenberg) die erschienenen Kollegen begrüßt hatte, erklang das Lied „Ich warte Dein“, vorgetragen vom Gesangverein „Gutenberg“ Torgau. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde unser verstorbenen Kollegen sowie der Opfer der Bergwerkskatastrophen ehrend gedacht. Im Mittelpunkt stand das Referat unres Gauvorksehers König (Halle) über „Aktuelle Gewerkschaftsfragen“. Seine aufklärenden Ausführungen fanden Beifall bei den Kollegen, speziell in Bezug auf die eventuell gerechtere Verteilung des Ertrabtrahens nach der bestehenden Lohnhöhe. Es heißt eben mehr denn je zusammenzufassen, denn der Kampf der Arbeiterklasse wird immer enger. Die Berichte der Ortsvereine klängen dahin aus, daß die Verhältnisse betreffs Arbeitsmöglichkeit nicht sehr günstig sind. In Wittenberg ist es direkt katastrophal, denn über 50 Proz. der Kollegen sind arbeitslos. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß. — Im Anschluß daran wurde noch eine Deutschlandausstellung besichtigt.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor dem Prüfungsausschuß der Handwerkskammer Berlin bestanden die Kollegen Hermann Becker, Günter Hermenau, Franz Maschpfl, Karl Partenheimer, Alfred Schühe, Friedrich Seile (sämtlich aus Berlin) die Meisterprüfung. Zwei Prüflinge bestanden nicht.

Änderung des Reichstaxtarifs für Buchdruckerbuchbinder. Der am 20. März 1930 zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Verein und dem Buchbinderverband abgeschlossene Reichstaxtarif für Buchdruckerbuchbinder hat durch eine neue Vereinbarung vom 15. November dieses Jahres an einige Änderungen erfahren. Demzufolge wird — wie im Buchdruckerarif — den Gehältern der tarifliche Spitzenlohn bereits mit dem vollendeten 23. (bisher 24.) Lebensjahre gewährt. Ferner sind die Löhne der Arbeiterinnen neu gestaffelt worden.

Über den Begriff „Reallohn“. Fast in jeder Abhandlung über Preisabbau und Lohnfindung stößt man auf das Wort Reallohn. Trotz des vielfachen Gebrauchs dieses Begriffs hat nicht jeder eine genügende Vorstellung davon. Unter Reallohn versteht man, daß der Arbeiter für die Summe, die er als Lohn erhält, stets die gleichbleibende Menge Konsumgüter erwerben kann. Der Reallohn wird errechnet nach dem Lebenshaltungsniveau. Der Index aber ist aufgebaut auf den bestehenden ersten Lebensbedingungen einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie, wobei irgendwelche Ansprüche auf das Leben eines Kulturmenschen unberücksichtigt geblieben sind. Außerdem werden wichtige Ausgabenposten, wie Steuern, Sozialbeiträge usw., nicht berücksichtigt. Wenn schon die Errechnung des Reallohns derartig ungenau ist, so kann man sich vorstellen, daß man mit dem landläufigen Begriff Reallohn nicht viel anfangen kann. Des weiteren muß aber die Frage aufgeworfen werden, wieviele Arbeiter und Angestellte heute in der glücklichen Lage sind, eine dauernde Stellung zu besitzen. Wenn vor dem Krieg ein Facharbeiter seine Arbeitsstelle verließ, dann konnte er damit rechnen, in absehbarer Zeit neue Beschäftigung zu erhalten. Jetzt ist das wesentlich anders. Ein Arbeitsloser muß heute mit einer Beschäftigungslosigkeit von Monaten, ja Jahren rechnen. Der größte Teil der heute Arbeitslosen besteht überwiegend aus Stammarbeitern der Konjunkturberufe, die jahrelang in den Betrieben tätig waren und erst jetzt durch die schwere Krise arbeitslos geworden sind. Wenn mithin Berechnungen über Reallöhne angeestellt werden, ist dies nur eine Zahlenpielerei, denn die allermeisten Arbeiter und ein großer Teil der Angestellten kommen nicht in den Genuß von Reallöhnen, da sie nur kurzfristig beschäftigt sind. Man versöhne uns deshalb mit Behauptungen von gleichbleibenden Reallöhnen. Sie dienen nur zur Verschleiierung in dem Kampf gegen die Herabdrückung des allgemeinen Lebensstandards.

Verzügelter Abbau der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung. Vom 1. Januar 1931 an sollte die gewerkschaftliche Stellenvermittlung verschwinden. Da das Reich aber kein Geld hat, macht die Entschädigungsfrage Schwierigkeiten. Der zur Durchführung des Verbots der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung dieser Tage vom Reichskabinett verabschiedete Entwurf sieht daher folgende Regelung vor: Alle gewerkschaftlichen Stellenvermittler, die ihr Gewerbe nach dem 2. Juli 1910 begonnen haben — mit Ausnahme der Konzertagenten — müssen ihren Betrieb am 31. Dezember 1930 einstellen. Eine Entschädigung steht ihnen nicht zu. Gewerkschaftliche Stellenvermittler für Kritiken, Bühnenaufführer, Chor- und Tanzpersonal, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 ausüben, müssen ihren Betrieb ebenfalls am 31. Dezember 1930 einstellen. Sie werden aber entschädigt. Die Konzertagenten dürfen ihren Betrieb bis auf weiteres fortführen. Der Reichsarbeitsminister kann nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt den Zeitpunkt bestimmen, in dem auch die Konzertagenten ihren Betrieb einstellen müssen. Die übrigen gewerkschaftlichen Stellenvermittler, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 ausüben, erhalten den Erlaubnis, ihren Betrieb bis zum 30. Juni 1933 fortzuführen. Eine Entschädigung in bar findet nicht statt, vielmehr tritt die Verlängerung der Erlaubnis zum Gewerbebetrieb an die Stelle der Entschädigung.

Das wahre Gesicht der Nazis. In Sachsen wandten sich die Nationalsozialisten während des Wahlkampfes an die Unternehmer mit der Bitte um geldliche Unterstützung. Als daraufhin ein Fabrikant zurückschrieb, es könne ihm nicht zugemutet werden, eine „Kassensampferische“ Partei zu unterstützen, antwortete das Sekretariat der NSDAP, wie folgt: „Zu Ihrer Bemerkung betreffs sozialistischer Arbeiterbewegung, Antikapitalismus und wie Sie sich danach ausdrücken, will ich Ihnen nur mitteilen: Lassen Sie sich doch nicht immer von dem Teufel unserer öffentlichen Plakate betören — der Zweck heißt doch das Mittel. Welche Partei sollt nicht ihre Träger? Seien Sie versichert, mein verehrtester Herr Direktor, wenn Ihnen um Ihre Zukunft bange ist bezüglich Ihres zur Zeit schwandenden Unternehmens, dann sind Sie nirgends besser geborgen als bei unsrer NSDAP. Gewiß, es sind Schlagworte, wie Nieder mit dem Kapitalismus!“ usw., aber selbige sind notwendig, unbedingt, denn unter dem Banner deutschnational, oder nur national allein, wissen Sie, kommen wir nicht zum Ziel, haben also keine Zukunft mehr... Also verstehen Sie nur recht, wir müssen die Sprache der verblödeten sozialistischen Arbeiter sprechen, um selbige eben an uns zu ziehen — sonst würden sie sich nicht bei uns zu Hause fühlen. Mit einem direkten Programm marschieren wir nicht auf — aus diplomatischen Gründen. Das behalten wir uns vor. Nur müssen wir die Fägel wieder fest in die Hand nehmen... Inzwischen sind ja auch durch die langjährige Erwerbslosigkeit die Arbeiter so zermürbt, daß sie es als eine Rettung ansehen, billiger arbeiten zu können.“ Kommentator überflüssig!

Guthaben ehemaliger französischer Kriegsgefangener befreiten. Die Auszahlung von Frankreich-Guthaben an ehemalige Kriegsgefangene, soweit sie den Betrag von 10 M. erreichen, ist gegenwärtig im Gange. Die Auszahlung wird nach den amtlichen Mitteilungen eine Reihe von Monaten in Anspruch nehmen. Erst nach Beendigung dieser Auszahlung wird der einzelne Gewißheit haben können, ob er in den Besitz des ihm zustehenden Guthabens gelangt ist. Diejenigen, denen die Auszahlung eines in

